

Dokumente

„Die Bauarbeiter [...] erkennen die ihnen diktierte 10%ige Normenerhöhung nicht an.“

Wilfriede Otto

Am 15. Juni 1953 richteten die Bauarbeiter der Großbaustelle Krankenhaus (Bettenhaus) Berlin-Friedrichshain einen Protestbrief an DDR-Ministerpräsident Grotewohl. Zu den Inspiratoren gehörten der hauptamtliche 1. BGL-Vorsitzende der Bau-Union Friedrichshain, Max Fettling, der Brigadier Kurt Bluhm und andere Arbeiter der Großbaustelle. Es ist die bis jetzt einzig nachweisbare Gruppe, die das soziale Anliegen der Arbeiter in eigenständiger gewerkschaftlicher Vertretung direkt an die Regierung der DDR herantrug. Obgleich sofort eine Abordnung der Baustelle im Sekretariat des Ministerpräsidenten empfangen wurde, gelang es nicht, den Konflikt zu entschärfen. Er sprang am 16. Juni bekanntlich auf die Großbaustelle in der Berliner Stalinallee und am 17. Juni auf weitere Städte der DDR über und löste Massenproteste, Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen gegen die politischen Verhältnisse in der DDR aus. Hier wird das Vorgehen der Inspiratoren dokumentiert.

Der Aufstand im Juni 1953 hatte seine Ursachen vor allem in inneren Entwicklungsproblemen der DDR und systeminternen Faktoren. War der Kurs der Zweiten Parteikonferenz der SED vom Juli 1952 auf den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus schon im Ansatz problematisch, so mußte die militärische Aufrüstung entsprechend sowjetischen Vorgaben zusätzliche Erschwernisse bringen. Hinzu kam die falsche Annahme der SED-Führung vom Herbst 1952, „mit der beschleunigten Schaffung der Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus beginnen“ zu können, wie 1953 eingestanden wurde.¹

Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft wuchs insbesondere mit dem seit Februar 1953 entfachten „Feldzug für strenge Sparsamkeit“, der auch eine Bewegung zur freiwilligen Normenerhöhung auslösen sollte. Vor allem in der volkseigenen Industrie wollte die SED-Führung höhere Arbeitsnormen, technisch begründete, wie es hieß, durchsetzen. Dafür sollten in jedem Betrieb entsprechende technische und arbeitsorganisatorische Voraussetzungen geschaffen werden. Eine Analyse des Bundesvorstandes des FDGB von Anfang Mai 1953 gab dem Politbüro des Zentralkomitees der SED Auskunft über den Stand der Festlegung neuer Normen in den einzelnen Industriezweigen. Sie ließ zwar Fortschritte erkennen, signalisierte aber auch Spannungen. So wurde u. a. berichtet, daß im Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ erst 600 Kollegen in die Bewegung einbezogen werden konnten. Im

¹ Otto Grotewohl: Von der Tagung des Berliner Parteiaktivs, in: Neues Deutschland, 18.6.1953, S.3.

Mansfeld-Kombinat, Schacht „Fortschritt“ mit 4369 Beschäftigten, hatten 14 Arbeiter ihre 8 Arbeitsnormen um 10 bis 20 Prozent erhöht.² Hinweise auf Diskussionen unter Arbeitern, daß die Schaffung Nationaler Streitkräfte Ursache der Schwierigkeiten sei, daß Preisveränderungen und eingeschränkte Fahrpreisermäßigungen nicht mit Normenerhöhung in Einklang zu bringen seien und man nicht mit „leerem Magen revolutionär sein könne“, waren eher unter- als übertrieben. Sie wurden nicht gebührend gewürdigt. Auf Initiative des Politbüros verabschiedete das 13. Plenum des Zentralkomitees am 14. Mai 1953 den Beschluß, „eine Erhöhung der für die Produktion entscheidenden Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent bis zum 1. Juni 1953 sicherzustellen“.³ In dieser administrativen Vorgabe für mehr Arbeit gegen gleichen bzw. gegen weniger Lohn zeigte sich Ignoranz gegenüber Arbeiterbelangen und Willkür. Das ließ den Konflikt in der DDR eskalieren.

Die Bauarbeiter auf den Berliner Großbaustellen hatten im „Nationalen Aufbauwerk“ seit 1952 Leistungswillen bewiesen. In der Stalinallee waren erste bezugsfertige Wohnungen übergeben worden. Manche Brigade konnte Bestarbeiter vorweisen, hatte ihr Arbeitstempo erhöht und Tage an Planvorsprung herausgeholt. Doch als der Ministerrat der DDR am 28. Mai 1953 der SED-Vorgabe vom 14. Mai folgte und vorschrieb, bis zum 30. Juni definitiv alle Normen um 10 Prozent zu erhöhen, trieb das die Unzufriedenheit auf die Spitze. „Ernste Signale waren, daß es in einer größeren Anzahl von Betrieben bereits vor der Veröffentlichung des Kommuniqués [des Politbüros der SED vom 9. Juni, - W. O.] zu kurzfristigen Streiks, vor allem gegen die nunmehr administrative Normenerhöhung kam“, wurde in einer Analyse aus dem Parteiapparat von Ende Juni 1953 formuliert.⁴

In diese Atmosphäre hinein platzten das Kommuniqué des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 9. Juni, das „eine Reihe von Fehlern“ zugestand, sowie der Beschluß des Ministerrats vom 11. Juni 1953, der alle sozialen Zwangsmaßnahmen – außer der Normenerhöhung – sowie politische und strafrechtliche Restriktionen seit 1952 zurücknahm. Walter Ulbricht, Otto Grotewohl und Fred Oelßner hatten am 2. Juni 1953 in Moskau einen Kurswechsel befohlen bekommen,⁵ der auf Anweisung des Hochkommissars der UdSSR in Deutschland Wladimir Semjonow sofort umgesetzt werden mußte.

Die Bauarbeiter, die schon am 12. Juni einen Lohnabzug um 10 Prozent und mehr zu spüren bekamen, sahen es nur als gerecht an, ihre alten Normen zurückzuverlangen. Der von Rudolf Herrnstadt verfaßte Artikel, „Es wird Zeit, den

2 Siehe SAPMO-BArch, NY 4090/512, Bl. 126f.

3 Beschluß der 13. Tagung des ZK der SED über die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, in: Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats (im folgenden: Dokumente der SED), Bd. IV, Berlin 1954, S.411f.

4 Analyse, zusammengestellt von der ZK-Abteilung Leitende Organe der Parteien und Massenorganisationen, SAPMO-BArch, DY 30/3688, Bl. 115.

5 Siehe Elke Scherstjanoi: „In 14 Tagen werden sie vielleicht keinen Staat mehr haben“. Vladimir Semenov und der 17. Juni 1953, in: Deutschland Archiv 31(1998), S.917-923; Wilfriede Otto: Der Tod des Diktators – ein Circulus vitiosus für die SED, in: Utopie kreativ, 149, 2003, S.209-220.

Holzhammer beiseite zu legen“, der am 14. Juni in der Sonntagsausgabe des „Neuen Deutschland“ erschien, sprach die schwelenden Probleme an und verurteilte diktatorisches Vorgehen von Parteifunktionären. Er ging am Montag, dem 15. Juni, in der Stalinallee von Hand zu Hand, wie sich Heinz Brandt, Sekretär für Agitation und Propaganda bei der SED-Bezirksleitung Berlin, erinnerte.⁶ Eine Versammlung auf der Großbaustelle Krankenhaus Friedrichshain an diesem Tag, an der die Arbeiter der Baustellen Staatsoper und Stalinallee Block 40 teilnahmen, führte nach reger Debatte zu dem Entschluß, sich schriftlich an Ministerpräsident Otto Grotewohl zu wenden und eine Delegation zu entsenden.

Der als Dokument 1 abgedruckte Brief der Bauarbeiter vom 15. Juni benannte das Defizit des „Neuen Kurses“ und drückte die Hauptforderung, von der Normenerhöhung Abstand zu nehmen, unmißverständlich aus. Bis zum nächsten Tag gegen Mittag verlangten die Bauarbeiter eine Antwort. Um 10.00 Uhr des 15. Juni legten die 300 Arbeiter der Baustelle Friedrichshain zur Bekräftigung ihrer Forderungen die Arbeit nieder. Die anwesenden Vertreter anderer Baustellen nahmen eine Abschrift der Resolution mit. Der SED-Sekretär Gutezeit (in manchen Quellen: Gutezeit), verantwortlich für mehrere Baustellen, stimmte für das Verlesen der Resolution.

Unbekannt war bisher, wie dieser Arbeiterprotest „oben“ aufgenommen wurde. Die erstmals mit den Dokumenten 2, 3 und 4 veröffentlichten Unterlagen aus dem Büro des Ministerpräsidenten zeugen von Verständnis aber auch von bürokratischem Kleingeist. Die Delegation wurde am 15. Juni gegen 13.00 Uhr nur von einer Sekretärin und einem Mitarbeiter im Büro des Ministerpräsidenten empfangen, was nicht allein damit gerechtfertigt werden kann, daß sie überraschend aufgetaucht war. Das Engagement dieser Arbeitervvertreter sorgte letztlich für einen Impuls bis in das Politbüro des Zentralkomitees. Der BGL-Vorsitzende Fettling übergab die Resolution und informierte über die Arbeitsniederlegung in Friedrichshain sowie auf anderen Baustellen des VEB-Industriebau, der insgesamt 3000 Arbeiter zählte.

Zirka 1½ Stunde währte die Diskussion „1. über die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsnormen; 2. über die Methoden der Handhabung des Beschlusses des Ministerrates im VEB-Industriebau“ (Dokument 4). Fettling und seine Kollegen betonten, daß eine Normenerhöhung einer guten Arbeitsorganisation und entsprechender technischer Voraussetzungen bedürfe, nicht schematisch und diktatorisch durchgeführt werden könne.

Das ihnen gegebene Versprechen, „die Angelegenheit bis zum nächsten Morgen mit den dazu zuständigen Stellen klären zu lassen“ (Dokument 4), wurde jedoch nicht eingelöst. Die SED-Führung hielt am unsäglichen Prinzip fest, das auch im Ratschlag eines sowjetischen Offiziers an Bruno Baum, Sekretär für Wirtschaft in der SED-Bezirksleitung, mitschwang, daß nämlich ‚jedes ‚Zurückweichen‘ in der Normenfrage von Übel sei“. An Stelle der erwarteten Antwort erlebten die Bauarbeiter am Morgen des 16. Juni ein Aufgebot von Instruktoren. In ihrer Gewerkschaftszeitung „Tribüne“ fanden sie einen Beitrag, der die Hoffnungen vom

6 Siehe Heinz Brandt: Ein Traum der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West, Berlin 1978, S.226.

Vortrag zerschlug. Ein Artikel von Otto Lehmann verteidigte „den Beschluß des Ministerrates über die Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10 Prozent bis zum 30. Juni 1953“. Er sei „mit aller Kraft durchzuführen“.⁷

Am selben Morgen des 16. Juni beriet das Politbüro. Es entschied erst im dritten Tagesordnungspunkt über die Normenfrage, und das auf Nachdruck von Heinz Brandt, der seinen Ersten Bezirkssekretär Hans Jendretzky deswegen aus der Sitzung des Politbüros herausgeholt hatte. Die Erklärung des Politbüros, die dann am 17. Juni im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht und in der Literatur bisher als Aufhebung des Normenbeschlusses eingeordnet wurde, bekräftigte Initiativen zur freiwilligen Erhöhung der Arbeitsnormen, lehnte administrative Wege ab und forderte, die „angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als unrichtig aufzuheben“⁸ sowie den Beschluß vom 28. Mai zu überprüfen. Diese Halbherzigkeit erschwerte die Konfliktlösung. Ulbricht, der mit Jendretzky die Politbürositzung verlassen hatte, sagte dennoch, die Erklärung müsse „sofort über den Sender gehen“. Schließlich beauftragte das Politbüro den Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Heinrich Rau, den Empfang von Arbeiterdelegationen zu organisieren.

Für 20.00 Uhr des 16. Juni wurde das Berliner Parteiaktiv zusammengerufen. In Hektik traf nun auch die Regierung gegen Mittag ihre Entscheidung in der Normenfrage. Bruno Fettling soll nach einem Bericht des Ministeriums für Staatssicherheit in seinem Betrieb um 13.15 Uhr Bescheid erhalten haben, daß die Normenerhöhung aufgehoben sei.¹⁰ Der Teil der Arbeiter, der sich nicht dem großen Demonstrationszug ab etwa 10.25 Uhr angeschlossen hatte, ging wieder an die Arbeit. Doch die meisten waren schon der Losung „Bauarbeiter fordern Normsenkung“ gefolgt, die der Steinmetz Günter Sandow von der Baustelle Stalinallee E-Süd rasch auf das Stofftransparent geschrieben hatte. Bei dem Protest vor dem Haus der Ministerien, wo sich gegen 14.00 Uhr ca. 4000 Menschen versammelten, meistens Bauarbeiter, drang die Mitteilung von Minister Fritz Selbmann, daß die Normenerhöhung überprüft und rückgängig gemacht würde, nicht mehr durch. Es erklang der Ruf nach Generalstreik.

Die aktuelle Berichterstattung des Senders RIAS informierte ab 18.30 Uhr über den Besuch einer Delegation Ostberliner Bauarbeiter im Gebäude des Senders. Sie war nicht mit der Gruppe um Fettling identisch. Während der RIAS mit Meldungen vom Geschehen auf Sendung blieb, verzichtete der DDR-Rundfunk auf solche Nachrichten. Und Ulbricht sprach auf der Parteiaktivtagung über die Normenfrage ebenso verklausuliert wie die Politbüro-Erklärung.

Bauarbeiter, die auf Großbaustellen der DDR in den Bezirken Leipzig, Dresden, Erfurt, Brandenburg, Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus tätig waren, standen am Morgen des 17. Juni an der Spitze der Streikbewegung dort. Belegschaften

7 Otto Lehmann: Zu einigen schädlichen Erscheinungen bei der Erhöhung der Arbeitsnormen, in: Tribüne, 16.6.1953, S.2.

8 Dokumente der SED, Bd. IV, S.432.

9 Brandt, Ein Traum, S.231.

10 Siehe Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (im folgenden: BStU), Zentralarchiv (im folgenden: ZA), AS 356/57, Bd. 1, Pag. 23.

Berliner Großbetriebe und Bauarbeiter der Stalinallee prägten das Bild im Zentrum der DDR-Hauptstadt. Schon bald dominierten Losungen gegen die SED und die Regierung der DDR, eskalierte der Protest.

Max Bruno Fettling, 46 Jahre, ohne einen erlernten Beruf, verheiratet und Vater von einem Jungen, agierte am 17. Juni wie in einem Wespennest. Er hoffte noch auf eine Antwort Grotewohls, und er ließ sich nicht dazu bewegen, den Streik anzuführen. Müde und niedergeschlagen war er am Abend. Am nächsten Tag diskutierte er auf der Baustelle Bettenhaus-Friedrichshain mit den Bauleuten über die Arbeitsaufnahme und mußte wenig später die Festnahme von Bauarbeitern zur Kenntnis nehmen. Niemand von ihnen hatte sich an Ausschreitungen beteiligt. Fettling verstand die Reaktion der Regierung nicht und sollte wenig später völlig fassungslos sein. Während in der Republik vielerorts Arbeitsniederlegungen bis zum 22. Juni anhielten, saß er seit dem 19. Juni in der Untersuchungshaftanstalt Berlin I. des Ministeriums für Staatssicherheit, mit ihm weitere fünf Gewerkschaftsmitglieder bzw. -funktionäre vom VEB-Industriebau Friedrichshain.¹¹ Er und seine Kollegen, z. B. Karl Foth (48 Jahre) und Berthold Stanicke (22 Jahre), bekamen - wie andere - das harte Vorgehen der SED zu spüren, die sich nicht nur an einen defizitären „Neuen Kurs“ hielt, sondern Verfassungsbruch beging, indem sie streikende Arbeiter verfolgen ließ. Parteiintern gehörten Fettling und andere zu den „Auslösern“ „feindlicher Aktionen“, die „in Berlin am 16. 6. mit dem Streik der Bauarbeiter und ihren Demonstrationen“ begannen, „deren Schwerpunkt [...] die Baustellen Krankenhaus Friedrichshain und in der Stalinallee“ waren.¹² Zum Ausgangsdelikt wurde die gewerkschaftliche Dampferfahrt der Bauleute am 13. Juni auf dem Berliner Müggelsee erklärt, die seit vier Wochen feststand, nun aber von einem Brigadier für eine verdeckte Streikvorbereitung ausgenutzt worden sei. Der am 10. Juli angefertigte Bericht des MfS erwähnte neben der Verabredung zum Streik kein politisches oder kriminelles Delikt.¹³

Fettling und die mit ihm Verhafteten blieben nach bisheriger Kenntnis die einzigen, die - nach fast einem Jahr, am 26. Mai 1954 - nach Kontrollrats-Direktive Nr. 38¹⁴ und nach den Befehlen Nr. 160/1945 und Nr. 17/1948 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wegen „Aufbruch“ verurteilt wurden.¹⁵ Das Urteil des Berliner Kammergerichts in Erster Instanz lautete für Fettling auf 10 Jahre

11 Siehe BSÜ, ZA, AS 356/57, Bd. 1, Pag. 2.

12 Analyse zusammengestellt von der Abteilung Leitende Organe, SAPMO-BArch, DY 30/3688, Bl. 88.

13 Auch die KGB-Residentur in Karlshorst hatte einen Vertrauten auf dem Ausflugschiff. Noch nachts ging ein Bericht nach Moskau, was dem MfS offensichtlich verborgen blieb. Den Fakt erwähnte der vormalige KGB-General Sergej Kondraschow gegenüber der Verfasserin am 28.9.2002.

14 Direktive des Alliierten Kontrollrates vom 12.10.1946 gegen Kriegsverbrecher, Nationalsozialisten, Militaristen und möglicherweise gefährliche Deutsche.

15 Siehe Urteile und Haftkarteien, BArch Berlin, DP 1, VA 7885. Befehl Nr. 160 vom 3.12.1945 (sog. Sabotagebefehl) und Befehl Nr. 17 vom 2.2.1948 gehörten zu jenen Befehlen der SMAD, die nach einer Vorgabe der Sowjetischen Kontrollkommission vom Februar 1950 solange in Kraft blieben, bis sie durch eine Verfügung der Regierung der DDR ersetzt wurden. Anfang der fünfziger Jahre begannen zwar die Arbeiten für ein neues Strafgesetzbuch, doch eine endgültige Verabschiedung erfolgte erst Anfang 1958.

Zuchthaus, die nach Berufung in 10 Jahre Gefängnis abgeändert wurden. Nach seiner vorzeitigen Entlassung am 9. August 1957 verliert sich von ihm jede Spur.

Dokumente¹⁶

Dokument 1

Brief Berliner Bauarbeiter an Ministerpräsident Grotewohl, 15. Juni 1953, Abschrift¹⁷

VEB Industriebau

Baustelle: Bettenhaus-Friedrichshain

Berlin NO. 18, den 15. 6. 1953

Leninallee 171

An den

Herrn Minister-Präsidenten

Otto Grotewohl

Berlin W.

Leipziger Straße

Wir Kollegen der Großbaustelle des Krankenhauses Friedrichshain vom VEB Industriebau wenden uns an Sie, Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, von unseren Sorgen Kenntnis zu nehmen.

Unsere Belegschaft ist der Meinung, daß die 10%ige Normenerhöhung für uns eine große Härte ist. Wir fordern, daß von dieser Normenerhöhung auf unserer Baustelle Abstand genommen wird.

Wir haben aus dem Ministerrats-Beschluß¹⁸ zur Kenntnis genommen, daß alle republikflüchtigen Großbauern und Gewerbetreibenden ihr Eigentum zurückerhalten werden, so daß wir Werktätigen demzufolge unsere Normen, wie sie vorher bestanden, beibehalten wollen.

In Anbetracht der sehr erregten Stimmung der gesamten Belegschaft fordern wir, zu diesen schwerwiegenden Punkten unverzüglich befriedigend Stellung zu nehmen und erwarten ihre Stellungnahme bis spätestens morgen Mittag.

Für die Belegschaft der Baustelle

B.G.L. (Fettling)

[Stempel]

Betriebsgewerkschaftsleitung

des VEB Industriebau

Baustelle

16 Eckige Klammern markieren Einfügungen der Autorin. Handschriftliche Vermerke auf den Dokumenten werden durch eine runde Klammer gekennzeichnet. Namen, die sich nicht auf Personen der Zeitgeschichte beziehen, werden mit Initialen wiedergegeben.

17 SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 8. Von den Bleistiftnotizen auf dem oberen Rand des Briefes sind nur die Abkürzungen "Ob. Ebert. Stadtrat ... Abt.... Bez. Ltg. Baum SED" zu entziffern. Eine Kopie des Briefes und die 1953 benutzte Schreibmaschine befinden sich in der Ausstellung über den Aufbau der damaligen Stalinallee im Kaffee Sibylle, Karl-Marx-Allee 72.

18 Beschluß vom 28.5.1953 über die Normenerhöhung.

*Dokument 2**Aktennotiz im Büro des Ministerpräsidenten, 15. Juni 1953, Abschrift¹⁹*

Berlin, den 15. 6. 1953

Die Delegation des VEB Industriebau, Baustelle Bettenhaus Friedrichshain, berichtete, daß die Belegschaft ihrer Baustelle (300 Arbeiter), heute seit 10 Uhr morgens die Arbeit niedergelegt hat. Informativ teilte sie uns mit, daß noch mehrere Baustellen des VEB Industriebau (Gesamtstärke ca. 3000 Arbeiter) auf Grund der 10%igen Normenerhöhung ihre Tätigkeit eingestellt haben.

(Pla.[schke]) 15. 6. 53

*Dokument 3**Aktennotiz im Büro des Ministerpräsidenten, 15. Juni 1953, Abschrift²⁰*

Die Bauarbeiter bei dem Baubetrieb Bettenhaus, Leninallee, erkennen die ihnen diktierte 10%ige Normenerhöhung nicht an und wollen gemeinsam mit ihren Kollegen des VEB die Arbeit niederlegen, wenn bis morgen früh 7 Uhr keine überzeugende Entscheidung seitens der Bauleitung getroffen ist.

Die weiteren Feststellungen ergeben, daß die Verantwortung für die Bauten bei dem Magistrat Berlin:

Genossen Oberbürgermeister Ebert, Genosse Stadtrat D., Genosse Abteilungsleiter W., liegt und daß für die Bezirksleitung der Partei der Genosse Bruno Baum zuständig ist.

Genossin Plaschke ist beauftragt, sich sofort mit Genossen Baum und von da aus mit den übrigen Stellen wegen Beilegung der Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten in Verbindung zu setzen.

gez. Tzschorn²¹

Berlin, den 15. Juni 1953

Gen.[ossin] Plaschke und Ambrée haben in der Besprechung mit Gen.[ossen] Baum erfahren, daß es sich um eine größere, offenbar von Westberlin gelenkte Aktion handelt. Heute werden bereits auf mehreren Baustellen Arbeitsniederlegungen erfolgen. Dabei wird immer wieder eine Entscheidung des Min.[ister]-Präs.[identen] Grotewohl verlangt. Zentrum der Aktion ist der Baubetrieb Bettenhaus. Gen.[osse] Baum hat zwar heute 20.0[0] eine Sitzung in der Bezirksleitung der Partei

19 SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 7.

20 Ebenda, Bl. 6.

21 Hans Tzschorn war persönlicher Referent von Otto Grotewohl. Der folgende Text ist handschriftlich hinzugefügt

einberufen, in der die Lage besprochen werden soll. Gen.[osse] Baum gibt zu erwägen, ob nicht Gen.[osse] Grotewohl selbst Stellung nehmen sollte.

Ich habe dem widersprochen. Zunächst muß der dafür zuständige Magistrat die Sachlage klären. Nach Rücksprache mit Gen.[ossen] Hafrang²² bestätigt dieser, daß es sich vermutlich um eine größere Aktion handelt. Er hat sich deshalb sofort mit Gen.[ossen] Baum verständigt, nimmt heute abend an der Beratung in der Bezirksleitung teil und gibt danach kurze Information für den Gen.[ossen] Min.[ister] Präs.[identen] Grotewohl.

Th. 15. 6. 53

Gen.[ossen] Ob[erbürger]m[eister] Ebert konnte ich tel.[efonisch] nicht erreichen.

Th. 15. 6., 17.50

Dokument 4

Zusammenfassender Bericht über den Empfang der Bauarbeiter-Delegation am 15. Juni 1953 im Büro des Ministerpräsidenten sowie über erste Maßnahmen, 25. Juni 1953, Abschrift²³

Betrifft:

Empfang der Delegation der Bauarbeiter der Stalinallee am 15. 6. 1953 im Sekretariat des Ministerpräsidenten durch die Genossin Plaschke und den Genossen Ambrée

Die Delegation bestand aus dem BGL-Vorsitzenden, einem Brigadier und zwei Arbeitern des VEB-Industriebau, Baustelle Bettenhaus Friedrichshain. Sie überbrachten eine Resolution an den Ministerpräsidenten, in der zum Ausdruck kam, daß sie gegen die Normenerhöhung sind und forderten vom Ministerpräsidenten eine Klärung bis zum 16. 6. 1953 mittags.

Mit den Kollegen wurde über zwei Fragen diskutiert:

1. Über die grundsätzliche Frage der Notwendigkeit der Erhöhung der Arbeitsnormen;
2. über die Methoden der Handhabung des Beschlusses des Ministerrates im VEB-Industriebau.

Die Diskussion dauerte ca. 1 1/2 Stunde. Über die erste Frage wurde mit den Kollegen Einverständnis erzielt. Sie erkannten, daß die Erarbeitung technisch-begründeter Arbeitsnormen für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und damit für die billigere Erzeugung von Waren Voraussetzung ist. Auf der anderen Seite betonten sie, daß die Erhöhung der Normen abhängig ist von einer guten

22 Josef Hafrang, Staatssekretär.

23 SAPMO-BArch, NY 4090/437, Bl. 3-5.

Arbeitsorganisation und von den notwendigen technischen Vorbedingungen. Ihre Meinung war, daß die Durchführung des Beschlusses des Ministerrates in ihrem Falle zu Lasten der physischen Arbeitskraft der Arbeiter gehen müsste. Wir versuchten ihnen klar zu machen, daß das nicht Sinn und Zweck des Beschlusses ist, sondern daß die Fachministerien dafür Sorge zu tragen haben, daß die Verbesserung der Arbeitsorganisation und Schaffung technischer Hilfsmittel mit der Erhöhung der Normen Hand in Hand gehen müssen.

Zur zweiten Frage führten die Kollegen Klage darüber, daß der Beschluß des Ministerrates im Bereich des VEB-Industriebau schematisch und diktatorisch durchgeführt wurde. Es wurde der Brigadier beauftragt, auf der Grundlage der alten Normen für die einzelnen Kollegen abzustimmen, während der TAN-Bearbeiter²⁴ und die Lohnbuchhaltung danach obligatorisch 10 % abzogen. Das alles führte zur Unzufriedenheit unter den Kollegen.

Die BGL und der FDGB-Kreisleitung Friedrichshain unterstützten diese schematische Handhabung. Beide beriefen sich darauf, daß es ein Beschluss der Regierung ist und lehnten die Verantwortung, nachdem die Kollegen ihre Unzufriedenheit gegenüber der Gewerkschaft zum Ausdruck gebracht hatten, ab. Wir stellten die Frage, ob von Seiten der Werksleitung und der BGL in Zusammenarbeit mit den Arbeitern Beispiele für die Schaffung technisch-begründeter Arbeitsnormen geschaffen worden sind. Das wurde verneint. Wir brachten den Kollegen gegenüber zum Ausdruck, daß wir mit ihnen einer Meinung sind, wenn sie gegen solche Methoden ihre Mißbilligung zum Ausdruck bringen. Wir versprachen ihnen, die Angelegenheit bis zum nächsten Morgen mit den dazu zuständigen Stellen klären zu lassen.

Die Kollegen sagten uns, daß mit ihnen über diese Frage noch nie so eingehend diskutiert wurde. Wenn das geschehen wäre, so erklärten sie, wäre es ihrer Meinung nach nicht zu der Arbeitsniederlegung gekommen.

Vom Inhalt der Unterredung unterrichteten wir die Genossen E. und Tzschorn. Genosse Tzschorn setzte sich daraufhin mit dem Genossen Hafrang in Verbindung und beauftragte uns, den Genossen Bruno Baum von der Bezirksleitung –Abteilung Wirtschaft – zu informieren. In unserer Aussprache mit dem Genossen Baum ergab sich, daß in der Bezirksleitung das Problem bekannt war und die Partei versuchte, durch Einsatz von Agitatoren auf den Baustellen die Situation zu meistern. In der Diskussion kamen wir auch auf die diktatorische Durchführung des Beschlusses zu sprechen und knüpften dabei an den am Sonntag, den 14. 6. 1953 erschienenen Artikel im Neuen Deutschland „Legt den Holzhammer beiseite“, an. Wir machten dabei die Beobachtung, daß der Genosse Baum für den Inhalt des Artikels nicht zugänglich war. Was sich unseres Erachtens dadurch erklärt, daß er selbst in diesem Artikel kritisiert wurde. Aus der Unterredung mit dem Genossen Baum kamen wir zu der Schlußfolgerung, daß er die Situation unterschätzte. Er stellte es nur als eine

24 TAN – technisch-begründete Arbeitsnormen.

Arbeit des Gegners dar, ohne zu erkennen, daß das Nichtanhören der berechtigten Forderungen der Arbeiter dem Gegner größere Möglichkeiten für seine Tätigkeit gab.

Vom Inhalt dieser Unterredung wurde von uns der Genosse Tzschorn informiert. Wir brachten dem Genossen Tzschorn gegenüber zum Ausdruck, daß die Bezirksleitung nicht in der Lage ist, das Problem zu meistern und der Genosse Baum versuchte, uns die Erledigung dieser Angelegenheit zuzuschieben.

Wir baten den Genossen Tzschorn, den Genossen Ministerpräsidenten von diesen Fragen zu unterrichten. Genosse Tzschorn war der Meinung, daß es sich in erster Linie um eine Aufgabe des Magistrats von Groß-Berlin handelt. Er setzte sich aber trotzdem mit dem Genossen Hafrang in Verbindung und beauftragte diesen, durch Instrukteure auf den Baustellen am Dienstag Vormittag eine befriedigende Klärung der Vorgänge herbeizuführen.

Berlin, den 25. 6. 1953

(Ambrée) (Plaschke)